

2. Kapitel Kernbereiche des Energierechts

V. Recht der Erneuerbaren Energien

2. Recht- und Verfassungsmäßigkeit des EEG. (...) - a) Europarecht.

Mit dieser Frage musste sich der EuGH in der PreussenElektra AG/Schleswig AG am 13.3.2001, Az: C-379/98 deshalb auch auseinandersetzen. Nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofes war zu klären, ob eine Regelung eines Mitgliedstaats, durch die private Elektrizitätsversorgungsunternehmen verpflichtet werden, den in ihrem Versorgungsgebiet erzeugten Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu Mindestpreisen abzunehmen, die über dem tatsächlichen wirtschaftlichen Wert dieses Stroms liegen, und durch die die sich aus dieser Verpflichtung ergebenden finanziellen Belastungen zwischen diesen Elektrizitätsversorgungsunternehmen und den privaten Betreibern vorgelagerter Stromnetze aufgeteilt werden, **staatliche Beihilfen** darstellen.

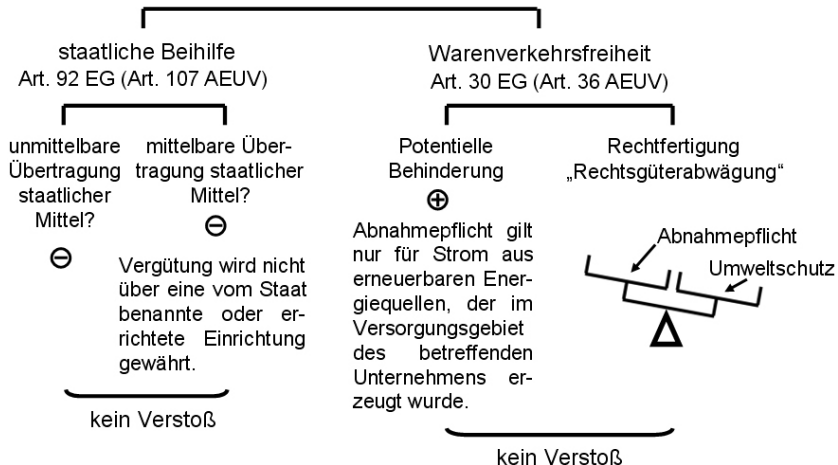
Das Gericht stellte zunächst grundsätzlich klar, dass staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, gleich welcher Art, mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar sind, wenn sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen. Im Anschluss daran konkretisierte das Gericht seine Anforderungen und qualifizierte nur solche Vorteile als Beihilfen im Sinne des Gemeinschaftsrechts, die unmittelbar oder mittelbar aus staatlichen Mitteln gewährt werden, und zwar mit folgender Begründung: Die Unterscheidung zwischen staatlichen und aus staatlichen Mitteln gewährten Beihilfen bedeute nämlich nicht, so das Gericht weiter, dass alle von einem Staat gewährten Vorteile unabhängig davon Beihilfen darstellen, ob sie aus staatlichen Mitteln finanziert werden, sondern diene nur dazu, in den Beihilfiebegriff die unmittelbar vom Staat gewährten Vorteile sowie diejenigen, die über eine vom Staat benannte oder errichtete öffentliche oder private Einrichtung gewährt werden, einzubeziehen. So kam das Gericht weiter zu folgender Schlussfolgerung: Hier führe die Verpflichtung privater Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Abnahme von Strom aus Erneuerbaren Energiequellen zu festgelegten Mindestpreisen nicht zu einer unmittelbaren oder mittelbaren Übertragung staatli-

cher Mittel auf die Unternehmen, die diesen Strom erzeugen. Folglich könne auch die Aufteilung der sich für die privaten Elektrizitätsversorgungsunternehmen aus der Abnahmepflicht ergebenden finanziellen Belastungen zwischen diesen und anderen privaten Unternehmen **keine unmittelbare oder mittelbare Übertragung staatlicher Mittel** darstellen (Abs. 60).

Auch eine Beeinträchtigung der **Warenverkehrsfreiheit** scheide aus, so das Gericht weiter. Zwar könne durch die Abnahmepflicht der Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die nur für Strom aus erneuerbaren Energiequellen gelte, der innergemeinschaftliche Handel zumindest potenziell behindert werden. Bei der Beurteilung, ob eine solche Abnahmepflicht mit dem EG-Vertrag vereinbar ist, seien jedoch das Ziel der streitigen Regelung und die Besonderheiten des Strommarktes zu beachten. Insofern sei zu berücksichtigen, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen zur Stromerzeugung dem **Umweltschutz** diene, da sie zur Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen beitrage, die zu den Hauptursachen der Klimaänderungen zählen, zu deren Bekämpfung sich die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet haben. Anbei noch einmal die Entscheidung des EuGH im Überblick.

Rechtmäßigkeit des EEG

EuGH, 13.03.2001, Az: C-379/98 zum StromEinspG



Auch gegen das EEG 2000 lief ein Verfahren. Dieses Beihilfeverfahren hat die Europäische Kommission im Mai 2002 eingestellt (ABl. EG 2002,

C 164/3, Nr. 27/2000). Das heißt jedoch nicht, dass die europarechtlichen Bedenken gegen das EEG vollumfänglich ausgeräumt sind. Als sich der EuGH in der PreussenElektra-Entscheidung beispielsweise mit der Beeinträchtigung der innergemeinschaftlichen Warenverkehrsfreiheit beschäftigte, betrug der prozentuale Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch etwa 4 Prozent, nach den Zielen der Bundesregierung soll er 2050 bei 80 Prozent liegen, 2012 lag er erstmals bei 25 Prozent (so der Spiegel, Heft 38/2012, Seite 25).

Die Gewichte der abzuwägenden Rechtsgüter sind deutlich schwerer geworden. Bei der Abwägung wird auch zu berücksichtigen sein, dass der europäische Binnenmarkt das Kernziel war und bleibt. Die Verschärfung der Ziele im EEG verfolgt Deutschland im **Alleingang**; insbesondere gibt es (noch) keinen innergemeinschaftlichen Markt für erneuerbare Energien. Die EU-Kommission drängt inzwischen öffentlich darauf, die Subvention erneuerbarer Energien herunterzufahren; *„Erneuerbare Energien wachsen durch Wettbewerb und nicht durch staatliche Förderung“*, so Öttinger (in: www.welt.de, 9.5.2012).